

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapier Nr. 13

Dorothee Bohle

**Europäische Integration und Frauenforschung in
Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht**

FEG Arbeitspapiere

- Nr. 1:** Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen,
(Februar 1990) UKB 10 DM (vergriffen)
- Nr. 2:** Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration,
(Mai 1990) UKB 6 DM (vergriffen)
- Nr. 3:** Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten,
(Januar 1991) UKB 7 DM (vergriffen)
- Nr. 4:** Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92,
(März 1991) UKB 10 DM
- Nr. 5:** Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik,
(August 1991) UKB 7 DM (vergriffen)
- Nr. 6:** Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik,
(März 1992) UKB 12 DM (vergriffen)
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen,
(Januar 1993) UKB 15 DM
- Nr. 8:** Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI,
(Januar 1993) UKB 13 DM
- Nr. 9:** Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe,
(Marburg/Lahn 1992)
- Nr. 10:** Frank Deppe/Michael Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG),
(September 1993) UKB 15 DM
- Nr. 11:** Ho Geun Lee, Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG,
(Januar 1994) UKB 13 DM
- Nr. 12:** Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hrsg.), Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?
(Januar 1994) UKB 15 DM
- Nr. 13:** Dorothee Bohle, Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht,
(September 1994) UKB 10 DM

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapier
der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)
Nr. 13

Dorothee Bohle

**Europäische Integration und Frauenforschung in
Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht**

Marburg 1994

ISBN 3-8185-0177-7

Redaktionelle Bearbeitung: Wolfram Burkhardt

FEG am Institut für Politikwissenschaft

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht

1. Die Kosten der ökonomischen Einigung Deutschlands und Europas.....	8
1.1. Die deutsche Einigung auf Kosten der Frauen?	8
1.2. Der freie Wettbewerb als Motor der Gleichberechtigung? Die Auswirkungen des Binnenmarktes und der europäischen Gleichstellungspolitik	10
1.2.1. Die Kosten des Binnenmarktes	10
1.2.2. Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Gemeinschaft.....	12
2. Politische Vereinigung Deutschlands und Europas ohne die Frauen?	14
2.1. Der gescheiterte Aufbruch der Frauen in Ostdeutschland	14
2.2. Das Demokratiedefizit der EU in seinen Auswirkungen auf die Frauenfrage.....	16
3. Zum Verhältnis von Einigung und Ausgrenzung in Europa	18
3.1. Migrationsursachen	20
3.2. Weiße Frauen und Rassismus	23
4. Literatur.....	27

Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland

Seit Mitte der 80er Jahre ist in der europäischen Integration eine neue Dynamik zu beobachten, in deren Folge sich die ökonomischen und politischen Spielregeln und Handlungsmuster der europäischen Gesellschaften verändern. Aus der Sicht von Frauenforscherinnen stellt sich hier grundsätzlich die Frage, ob und wie in diesen Prozessen das Geschlechterverhältnis in den europäischen Gesellschaften neu formiert wird. Zeichnen sich Elemente eines neuen, nicht hierarchischen Geschlechterverhältnisses ab oder entwickeln sich im Gegenteil neue Differenzierungslinien zwischen und innerhalb der Geschlechter?

Diese Frage muß in der BRD vor dem Hintergrund der Tatsache, daß sich hier seit Anfang der 90er Jahre die Effekte des europäischen mit denen des deutschen Einigungsprozesses überlagern, untersucht werden. Ist es für die westdeutschen Frauen (noch) möglich, die Folgen des europäischen Integrationsprozesses im Rahmen eines bereits länger andauernden Strukturwandels zu verorten, so müssen sich die ostdeutschen Frauen den Folgen aus der Perspektive des radikalen Bruchs mit ihren alten Arbeits- und Lebensbedingungen stellen.

Im Zentrum dieses Beitrags soll die Frage stehen, wie der europäische Integrationsprozeß in die derzeitige Neukonstitution des Geschlechterverhältnisses in Ostdeutschland interveniert. Bietet der europäische Integrationsprozeß den ostdeutschen Frauen Möglichkeiten, Teile ihres durch den deutschen Einigungsprozeß verlorenen Terrains zurückzugewinnen oder verstärkt er die dem deutschen Einigungsprozeß inhärenten Konsequenzen für das Geschlechterverhältnis? In der gegenwärtigen politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung lassen sich drei Themenschwerpunkte identifizieren, anhand derer dieser Frage näher nachgegangen werden kann.

1. Am schnellsten und einschneidendsten wirkten sich für die ostdeutschen Frauen die Veränderungen am Arbeitsmarkt und im sozialen Sicherungssystem aus. Sie gerieten innerhalb kürzester Zeit unter das Diktat des westdeutschen Familien- und Haushaltsmodells, in dessen Zentrum die Absicherung der Hausfrauenehe steht. Geprüft werden muß in diesem Zusammenhang, ob die europäische Integration gegenüber dem BRD-Modell Alternativen der Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit und soziale Sicherungssysteme ermöglicht.
2. Nicht nur ökonomisch mißlingt es den ostdeutschen Frauen, im vereinigten Deutschland Fuß zu fassen. Paradoxerweise ging die Einführung der parlamentarischen Demokratie in der DDR mit dem Zurückdrängen der Frauen aus dem öffentlichen Leben einher. Hier stellt sich die Frage, inwieweit der europäische Integrationsprozeß derzeit Chancen einer Redemokratisierung eröffnet.
3. Freiheit, Mobilität und Überwindung der Spaltung Europas waren entscheidende Leitbilder des Umsturzes in der DDR. Der deutsche Einigungsprozeß in Kombination mit dem europäischen tritt jedoch in eine unheilige Allianz mit einer doppelten Grenzziehung nach innen und nach außen. So sehr die ostdeutschen Frauen bis jetzt als Einigungsverliererinnen erscheinen, in

dieser Entwicklung müßten Vermutungen über die Komplizität der Frauen angestrengt werden.

Die Analyse der Kombination der Effekte des deutschen und des europäischen Einigungsprozesses steht noch nicht auf der Agenda der Frauenforschung. Frauenforschung zu Europa liegt bisher fast ausschließlich in westdeutscher Hand, das neue Deutschland wird erst in Ansätzen mit einbezogen. Gleichzeitig gibt es mittlerweile eine vielfältige Forschung zu den Konsequenzen des deutschen Einigungsprozesses. Im folgenden kann es zunächst nur darum gehen, Verknüpfungen zwischen diesen beiden Forschungssträngen herzustellen.

1. Die Kosten der ökonomischen Einigung Deutschlands und Europas

Im folgenden werden zunächst die Auswirkungen des deutschen Einigungsprozesses auf die ökonomische und soziale Stellung der ostdeutschen Frauen dargestellt und anschließend die Frage nach den Konsequenzen des europäischen Binnenmarktes und der europäischen Gleichstellungspolitik gestellt und in ihrer Relevanz für die Entwicklungsperspektiven in Ostdeutschland eingeschätzt.

1.1. Die deutsche Einigung auf Kosten der Frauen?

Im geteilten Deutschland haben sich zwei einander entgegengesetzte Modelle der sozialen Geschlechterhierarchie herausgebildet. Während die ostdeutsche Geschlechterkonzeption sowohl auf die formelle Gleichberechtigung der Frau im Erwerbsleben wie auf die Stabilisierung der Mutterrolle der Frauen abzielte und so im Zentrum der Sozialpolitik Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familien standen¹, wird in Westdeutschland bis in die feinsten Verästelungen der Tarif- und Sozialpolitik hinein die Figur des "männlichen Familienernährers" sanktioniert, was den Frauen häufig nur die "Alternative" einer familien- und kinderlosen Berufskarriere oder einer zeitlich eingeschränkten, befristeten bzw. diskontinuierlichen Erwerbstätigkeit läßt.²

Wie wirkt sich der Vereinigungsprozeß auf die Situation der Frauen in Ostdeutschland aus?

Entscheidende Voraussetzung für die Neuregulierung der sozialen Geschlechterhierarchie in Ostdeutschland sind drei politische Vorgaben. Zum ersten führte die Entscheidung, die Währungsunion an den Beginn der deutschen Einigung zu stellen, die DDR-Wirtschaft schlagartig in die Weltmarktkonkurrenz und trug so entscheidend zur Vernichtung eines guten Teils der produktiven Basis der DDR-Ökonomie bei.

1 Vgl. Penrose 1991, Fischer/Munske 1993, Fiedler 1993, Rudolph/Appelbaum/Maier 1991.

2 Vgl. Schunter-Kleemann 1992b, Langan/Ostner 1991.

Der so eingeleitete Prozeß der Deindustrialisierung wurde zweitens durch den Privatisierungsauftrag und die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt fortgeführt, die gleichzeitig die Entwicklung einer neuen produktiven Basis in den neuen Ländern nachhaltig blockierte.

Drittens führte die im Einigungsvertrag geregelte Übertragung der Arbeits- und Sozialordnung der alten BRD auf die neuen Bundesländer zu der Subsumtion der ostdeutschen Frauen unter das westdeutsche Modell des "ehebezogenen Patriarchalismus" (Schunter-Kleemann).

Die ökonomischen und sozialen Konsequenzen dieser politischen Vorgaben verdeutlichen zugleich die ungeheuren Kosten des Vereinigungsprozesses wie auch seine geschlechtsspezifischen Auswirkungen.

- I) Seit Anfang 1990 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze in den neuen Ländern insgesamt um mehr als die Hälfte verringert. Von dem Abbau der Arbeitsplätze sind Frauen aus verschiedenen Gründen überproportional betroffen (vgl. Braun 1993, Lüpke 1992).
- II) Der Arbeitsplatzabbau geht mit einer deutlichen Entwertung der Berufsabschlüsse und Qualifikationen von Frauen einher. Dies gilt in besonderem Maße für Frauen in technischen Berufen bzw. mit technischen Studienabschlüssen, für Facharbeiterinnen, Akademikerinnen, aber auch für Frauen mit kaufmännischen Berufen (ebd.).
- III) Der Strukturwandel in den neuen Ländern wird teilweise über arbeitspolitische Maßnahmen abgefedert, wodurch der zweite Arbeitsmarkt eine große Bedeutung gewinnt. Für viele Frauen bedeutet dies die "Verdrängung per Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ins soziale Projektgärtchen" (Baureithel 1993:80). Hier stellt sich die Frage, inwieweit diese Maßnahmen angesichts des dramatischen Strukturwandels überhaupt jemals einen Übergang in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen werden oder ob sich nicht dauerhaft ein segmentierter, die tarif- und sozialpolitischen Normen unterlaufender Arbeitsmarkt etabliert.
- IV) Im engen Zusammenhang mit der dramatischen Situation am Arbeitsmarkt steht die erhebliche Verschlechterung der Rechtsstellung ostdeutscher Frauen. Dies wird im Wegfall des Anrechts der Frauen auf außerhäusliche Betreuung ihrer Kinder, im Wegfall der Mindestrenten, der zusätzlichen Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf den Rentenanspruch berufstätiger Frauen, in der drastischen Reduktion der Freistellungsrechte der Frauen im Falle erkrankter Kinder und auch in der neuen Regelung des Paragraphen 218 beispielhaft deutlich. Die ostdeutschen Frauen werden in ein familienpolitisches System integriert, dessen monetäre Form des Familienlastenausgleiches und der unterdurchschnittlich geringen Ausstattung mit öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen es im

europäischen Vergleich zu einem "sozialen Entwicklungsland" (Schunter-Kleemann) abstempelt³.

- V) Die Kombination des mangelnden öffentlichen Angebotes an Kinderbetreuungseinrichtungen und die Verschlechterung der Erwerbssituation benachteiligt all diejenigen, die sich nicht auf eine Ehe mit einem kontinuierlich erwerbstätigen Haushaltsvorstand einlassen können oder wollen. Besonders drastisch wirkt sich die Integration in das westdeutsche familienpolitische System für die knapp 600.000 alleinerziehenden Frauen aus. 20% von ihnen sind bereits Sozialhilfeempfängerinnen (Heckmann 1992: 172)

Die Folgen der Vereinigung führen in den neuen Bundesländern insgesamt zu einer tiefen sozialen Verunsicherung. Diese ist nicht zuletzt für die Revolution in drei zentralen, privaten Lebensentscheidungen verantwortlich, die "in dieser Form keine historischen Vorbilder kennt: Noch nie in der deutschen Geschichte hat die Bevölkerung eines Landesteils den Schritt in die Ehe so abrupt verweigert. Noch nie (...) ist die Zahl der Geburten so sehr zurückgegangen wie in Ostdeutschland seit dem Mauerfall. Und noch nie ist die Rate der Ehescheidungen so rapide in die Tiefe gesaut wie in den neuen Bundesländern." (Gaserow 1993).

1.2 Der freie Wettbewerb als Motor der Gleichberechtigung? Die Auswirkungen des Binnenmarktes und der europäischen Gleichstellungspolitik

Der deutsche Einigungsprozeß vollzieht sich im Kontext eines europaweiten sozialen und ökonomischen Umbruchs, dessen Rahmenbedingungen durch den europäischen Integrationsprozeß entscheidend geprägt werden. Bei der Analyse dieses Umbruchs stehen zwei Themenschwerpunkte im Zentrum der Frauenforschung.

Einerseits untersucht sie die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Binnenmarktes auf den Arbeitsmärkten, zum anderen unterzieht sie die europäische Gleichstellungspolitik einer kritischen Prüfung.

1.2.1. Die Kosten des Binnenmarktes

Obwohl sich eine Reihe von Studien mit den geschlechtsspezifischen Wirkungen des Binnenmarktes auseinandersetzen⁴, stellen die bisherigen Schlußfolgerungen

3 Das Zusammenspiel von sozialer Ordnung und ökonomischer Entwicklung in der Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt verdeutlicht sich beispielsweise in der folgenden Regelung: Arbeitslose Frauen, die für ihre Kinder keinen Platz mehr in der Krippe oder im Kindergarten nachweisen können, gelten auf dem Arbeitsmarkt als nicht vermittelbar und verlieren deshalb ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld (Schunter-Kleemann 1992b:172).

4 vgl. u.a. Randzio-Plath 1990a, 1990b; Hörburger 1990b, Buchholz-Will 1990a, Lühder 1991, Autorinnengemeinschaft 1991, Kattein 1994.

noch keine konkreten Ergebnisse dar, sondern weisen vor allem auf Tendenzen und Gefahrenpunkte der gegenwärtigen Entwicklung hin.

Insgesamt zeichnet sich ab, daß der Binnenmarkt eine Reihe von Entwicklungen verstärkt, die für die Frauenerwerbstätigkeit problematisch sind. Dies betrifft einerseits die mit dem Binnenmarkt einhergehenden Rationalisierungsprozesse, in deren Folge überdurchschnittlich viele Frauenarbeitsplätze in traditionellen Branchen und in den unteren Tarifgruppen abgebaut werden.

Zum anderen ist als Folge der verstärkten Konkurrenz der Unternehmen die Deregulierung sozialer Standards und insbesondere die Ausweitung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse zu erwarten (vgl. Hörburger 1990a, Maier 1991).

Gleichzeitig deutet sich im Konzentrationsprozeß bestimmter Branchen der Abbau mittelständischer Produktionsstrukturen und eine neue Arbeitsteilung zwischen mittleren und Großunternehmen ab, die sich in Konzepten der just-in-time Produktion und der lean-production niederschlägt. Da der Mittelstand - neben dem Dienstleistungssektor - ein bedeutender Arbeitgeber für Frauen ist, sind Frauen hier verstärkt von den Auswirkungen betroffen (vgl. Möller 1993).

Während für die Frauenbeschäftigung also klar negative Auswirkungen des Binnenmarktes auszumachen sind, deutet sich ebenfalls an, daß Frauen von den "Vorteilen" des Binnenmarktes in erheblich geringerem Umfang profitieren können als Männer. Nach einer Studie von Figge/Quack (1991) sind Frauen im Bankensektor in denjenigen Bereichen, die durch den Binnenmarkt eine Ausweitung erfahren, wie z.B. in höher qualifizierten Beratungstätigkeiten oder bei der Entsendung ins Ausland unterrepräsentiert. Hier fallen vor allem die Gründe, die Frauen an der notwendigen Mobilität und arbeitszeitlichen Flexibilität hindern - Familienpflichten und fehlende öffentliche Infrastruktur für Kinderbetreuung - ins Gewicht.

Diese sehr allgemeinen Aussagen müssen jedoch regional und in Bezug auf die Ausbildung differenziert werden. Kaluza (1991), die diese Differenzlinien thematisiert, stellt die folgende These auf: "Die unterschiedliche Verteilung des Binnenmarktprojektes wird dazu beitragen, daß sich die Arbeitsmarktstrukturen weiter regional und geschlechtsspezifisch polarisieren. Allgemeine Aussagen zu den beruflichen Chancen von Frauen müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen. Denn während gut qualifizierte Frauen in den industriellen Metropolen Europas ihre Arbeitsmarktposition erheblich verbessern können, werden gleichwohl minderqualifizierte Frauen in wachstumsschwachen Regionen zunehmend mit einer Deregulierung der Arbeitsverhältnisse konfrontiert sein. Drei verschiedene Faktoren: Qualifikation, Branchenzugehörigkeit und Region wirken also im Sinne eines Bevorteilungs- oder Benachteiligungszirkel zusammen." (S.62f.).

Hier wird deutlich, daß es der Frauenforschung nur anhand konkreter Studien der regionalen, sektoralen und qualifikatorischen Ausgangssituation gelingen wird, Aussagen über die Wirkung des Binnenmarktprojektes zu treffen und so Ansatzpunkte für Frauenförderungspolitiken zu benennen.

In einem zweiten Schritt stellt sich die Frage, inwieweit die sich hier andeutenden Ausgrenzungsprozesse von Frauen durch die europäische Gleichstellungspolitik abgemildert werden. Zusätzlich ist zu fragen, ob von dieser Politik Impulse für eine frauenfreundlichere Sozialpolitik in der BRD ausgehen.

1.2.2. Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Gemeinschaft

Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Gemeinschaft beruht im wesentlichen auf zwei Elementen: zum einen auf der Grundlage von Artikel 119 EWGV, Artikel 235 EWGV sowie Artikel 118a EEA beruhenden Richtlinienpolitik und zum anderen auf der Förderpolitik im Rahmen der Strukturfonds. Dabei werden zwei verschiedene, miteinander in ihrer Logik konkurrierende Konzeptionen verfolgt. Zum einen soll die Gleichstellung über formal-rechtliche, an liberalen Prinzipien orientierte Politik erfolgen, zum anderen wird über "positive Aktionen" und Fördermaßnahmen der strukturellen Benachteiligung von Frauen ansatzweise Rechnung getragen.

Die Studien, die sich mit den Auswirkungen der EG-Richtlinienpolitik befassen, kommen insgesamt zu einer skeptischen Einschätzung ihrer Auswirkungen.⁵ Dies wird mit den folgenden Argumentationssträngen begründet:⁶

- I) Ein entscheidender Grund für die nur partielle Wirksamkeit der europäischen Gleichstellungspolitik liegt darin, daß sie ausschließlich an punktuellen Diskriminierungen im Erwerbsleben ansetzt, während die komplementäre private Seite des hierarchischen Geschlechterverhältnisses, die dort geleistete Arbeit und deren Wechselwirkung mit der Erwerbsarbeit ausgeklammert wird. Es gehört jedoch zum allgemeinen Erkenntnisstand der feministischen Theoriebildung, daß Diskriminierungen von Frauen im Erwerbsleben nicht losgelöst von denen ihnen gesellschaftlich zugewiesenen privat geleisteten Familienarbeiten gesehen werden können (vgl. Schunter-Kleemann 1991c:104).
- II) Ein zweiter Einwand bezieht sich auf das den EG-Richtlinien zugrundeliegende formal-juristische Angleichungskonzept. "Die Tatsache, daß Frauen 'keine Männer' sind, daß es aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung eine spezifische *Differenz von Lebenslagen* von Männern und Frauen gibt, wird im Rahmen dieses Gleichbehandlungsansatzes negiert."

5 In der Zeit von 1975-1986 wurden insgesamt nur fünf Richtlinien zur Gleichstellung von Mann und Frau verabschiedet. Seit 1986 ist praktisch ein Stillstand in der Richtlinienpolitik der EG zu beobachten; Kommissionsvorschläge wurden allenfalls in der abgeschwächten Form von Mitteilungen und Empfehlungen verabschiedet. Es ist vermutlich kein Zufall, daß dieser Stillstand zeitgleich mit dem Deregulierungsprojekt Binnenmarkt einsetzt. Abzuwarten bleibt, welche Auswirkungen die im Vertrag von Maastricht veränderten Prozeduren bei den Sozialregelungen haben werden.

In der juristischen Diskussion wird die Gleichstellungspolitik meist positiver eingeschätzt als in der politologischen und soziologischen (vgl. u.a. Raasch 1990, Hörburger 1990b, Schunter-Kleemann 1990a, 1991a, 1991b, Ostner 1994).

6 Im folgenden folge ich im wesentlichen Schunter-Kleemann (1991a, 1991c).

(ebda:105, Hervorhebung im Original). Dem formal-juristischen Angleichungskonzept liegt ein (neo)-liberales Leitbild des Geschlechterverhältnisses zugrunde (vgl. Ostner 1994). Diese Konzeption birgt Risiken für Frauen in sich, da sie zum Abbau von Schutzrechten beitragen kann.⁷

III) Schließlich trägt das "Demokratiedefizit" und die geringe Repräsentanz von Frauen in den Entscheidungsgremien der EU bedeutsam dazu bei, eine fortschrittliche Politik gegenüber Frauen zu blockieren.⁸

Als entscheidendes Problem der Richtlinienpolitik erweist sich insbesondere, daß sie sich nur auf partielle Diskriminierungstatbestände von Frauen bezieht und damit die nationalstaatlich durchgesetzten Formen der Geschlechterhierarchisierung gar nicht in Frage stellt⁹. Im Gegenteil: Ostner (1994), die in ihrem Artikel die Frage nach dem Zusammenspiel zwischen nationaler und europäischer Sozial- und Gleichstellungspolitik aufwirft, zeigt anhand des EG-Anpassungsgesetzes von 1980 auf, wie eine Koalition zwischen Unternehmern, männlich dominierter Jurisprudenz, an männlichen Arbeitnormen orientierten Gewerkschaften und Feministinnen dazu geführt hat, selbst noch in der Umsetzung der EG-Gleichstellungsrichtlinien das in der BRD dominante männliche Familienernährermodell zu bestätigen.

Gegenüber dem in der Richtlinienpolitik vorherrschenden formalen Gleichberechtigungsansatz fördert die EU im Rahmen ihrer Aktionsprogramme und in ihrer Strukturpolitik Maßnahmen, die der strukturellen Diskriminierung von Frauen Rechnung tragen.

Während die Aktionsprogramme jedoch vor allem aufgrund ihrer finanziellen Ausstattung bisher kaum mehr als den "Charakter von Einzelmaßnahmen, befristeten Kampagnen und punktuellen 'good-will'-Aktivitäten" darstellen (Schunter-Kleemann 1990b:21) kommt Kaluza in ihrer Auswertung der Bremer ESF-Programme zu etwas positiveren Ergebnissen (Kaluza 1991, 1993). Sie belegt, daß die regionale Umsetzung dieser Programme - trotz der Tatsache, daß die Frauen in der Zielhierarchie nach ganz unten verbannt sind - durchaus eine Chance für Frauen darstellen kann. An den Prioritäten der nationalen Förderkulisse vorbei haben fast alle Bundesländer ihre Akzente in der Umsetzung auf die Frauenförderung in Bereichen gelegt, die im AFG nicht vorgesehen sind. Allerdings sieht Kaluza diese Möglichkeit durch die neueste Reform der Strukturfonds gefährdet. Mit der Festschreibung der Frauen als Zielgruppe wird zugleich die Förderkulisse der Fonds insgesamt stark ausgeweitet und verwässert. Gleichzeitig löst sich der Widerspruch, den Kaluza bezüglich der Zielsetzung der Strukturfonds zwischen der reinen Wirtschaftsförderung einerseits und der Konzeption eines sozialverträglichen Strukturwandels

7 Ein Beispiel für den Abbau von Schutzrechten ist das Nachtarbeitsverbot (vgl. Raasch 1990: 72).

8 Vgl. zum Demokratiedefizit weiter unten.

9 Diese Einschätzung behält ihre Gültigkeit trotz der Tatsache, daß die Richtlinienpolitik vor allem aufgrund der Rechtssprechung des EuGH gerade in der BRD bisher nicht völlig wirkungslos verpufft ist (vgl. Raasch 1990:70f.).

andererseits konstatiert, zunehmend einseitig in die Richtung von Wirtschaftsförderung auf. Dies bestätigt die Untersuchung Tömmels über die Regionalpolitik der EG (Tömmel 1992). Ihre These ist, daß die Regionalpolitik dazu beiträgt, moderne Sektoren aus den noch bestehenden regionalen Kreisläufen herauszulösen, mit der Folge, daß die Regionen insgesamt noch stärker zurückbleiben.

Die Schlußfolgerungen für die weitere ökonomische und soziale Entwicklung in den neuen Bundesländern sind eindeutig. Der europäische Integrationsprozeß verstärkt die wesentlichen Tendenzen des in der BRD eingeschlagenen Kurses, ohne daß die Frauen sich über die EU eine Abfederung des Strukturwandels erhoffen können. Indem über die Gleichstellungspolitik wesentlich nur im Erwerbsleben stehende Frauen gefördert werden, bleiben diese Maßnahmen gerade da wirkungslos, wo sich die Probleme der ostdeutschen Frauen stellen: dem Abbau ihrer Erwerbschancen.

2. Politische Vereinigung Deutschlands und Europas ohne die Frauen?

Entscheidend für die Gestaltung der Geschlechterposition im vereinten Deutschland wie auch im vereinten Europa ist die Möglichkeit von Frauen, in den politischen Entscheidungsprozessen mitwirken zu können. Frauenthemen - so zeigt alle bisherige Erfahrung - haben nur dann eine Chance, fest auf der politischen Agenda verankert zu werden, wenn es den Frauen gelingt, eine gesicherte Repräsentanz in den politischen Gremien zu erlangen, die sich zudem außerhalb dieser Gremien auf eine starke Frauenbewegung stützt.

Der deutsche Einigungsprozeß hat innerhalb kürzester Zeit dazu geführt, daß die ostdeutschen Frauen aus dem öffentlichen Leben fast völlig verdrängt wurden. Wird im europäischen Einigungsprozeß dieser "einschließende Ausschluß" (Baureithel) wiederholt oder bieten sich in der Europäischen Union neue Chancen der politischen Partizipation von Frauen?

2.1. Der gescheiterte Aufbruch der Frauen in Ostdeutschland

Für ein Land, welches bis Anfang November 1989 die Frauenfrage offiziell als gelöst erachtete, kam der Aufbruch der Frauen sicherlich überraschend - eine bis dahin kaum wahrgenommene, zersplitterte Frauenbewegung trat plötzlich wirksam an die Öffentlichkeit, setzte ein deutliches Zeichen ihrer gemeinsamen Interessenlage und erstritt sich einen Platz an der öffentlichen Gestaltung des Umbruchs.¹⁰ Auch die West-Schwester wurden aus ihrer Ruhe gerissen. Mit dem Fall der Mauer erwachten hier fast euphorische Hoffnungen auf eine gesamtdeutsche, starke Frauenbewegung. Aber trotz der relativ starken Vertretung der Frauen in den politischen Gremien, insbesondere an den "Runden

10 Vgl. dazu z.B. Schwarz/Zenner (Hg., 1990).

Tischen" und trotz des raschen Aufbaus eigenständiger politischer Strukturen verschwanden die Frauen bereits auf dem Weg in die Vereinigung auffallend schnell wieder aus der Politik (vgl. Baureithel 1993, Munske/Fischer 1993).

Wie ist es zu erklären, daß wichtige Protagonistinnen des Zusammenbruches der DDR und Trägerinnen weitgehender Demokratievorstellungen in der Vereinigung kaum noch politische Mitwirkungsmöglichkeiten behielten und damit die Voraussetzungen eines frauenpolitischen Backlash ungeahnten Ausmaßes geschaffen wurden ?

- I) Entscheidend ist zunächst, daß nach der kurzen Phase der Offenheit und der Experimente bereits der Grundstein für die Übernahme eines patriarchalen politischen Systems gelegt wurde. Während die Praxis der "Runden Tische" ein basisorientiertes, dezentralisiertes Demokratiemodell prägte, welches den "Konsens zwischen PolitikerInnen, ExpertInnen und Betroffenen als Basis der Entscheidungsfindung voraussetzte" (Baureithel 1993:78) und hier die politische Neubestimmung der Geschlechterhierarchie möglich schien¹¹, ist selbst nach über 70 Jahren Frauenwahlrecht die politische Repräsentanz und Durchsetzungskraft von Frauen in dem altbundesrepublikanischen parlamentarischen Demokratiemodell gering geblieben. Gründe dafür gibt es viele, sei es der Modus der KandidatInnenaufstellung, die fehlende "Politiknähe" der Berufe der meisten Frauen, die Unvereinbarkeit familiärer Pflichten und politischer Karriere etc. (vgl. Feist 1991).

Die Übernahme des patriarchalen parlamentarischen Systems der BRD stellte die Frauenbewegung der DDR vor das altbekannte Dilemma, das Ina Merkel folgendermaßen umreißt: "Sie (die Frauen) müssen in die patriarchalen Strukturen hinein, um sie brechen zu können. Doch indem sie in ihnen agieren, leisten sie ihren spezifischen Beitrag zu ihrer Erhaltung. Am Ende verhalten sie sich wie die Männer, um politisch wirksam werden zu können." (Merkel, zitiert in Baureithel 1993:80). Viele der politisch aktiven ostdeutschen Frauen "entzogen" sich diesem Dilemma, indem sie sich bald aus dem politischen Feld herausdrängen ließen oder freiwillig den Rückzug aus der "großen Politik" antraten.

Baureithel formuliert in diesem Zusammenhang die These, daß weibliche Partizipation nur in Umbruchphasen überhaupt möglich ist, während "in dem Moment, wo das öffentliche Leben in die alten oder in neue Strukturen gelenkt und reglementiert wird, (...) die Frauen von der Bildfläche" verschwinden (Baureithel 1993:76). Die Berliner Frauenforscherin Thürmer-Rohr bestätigt diese These, wenn sie konstatiert: "Wir waren in jenem Jahr sowohl Zeuginnen als auch Mithandelnde an einer Gesetzmäßigkeit, die aus der Geschichte wohlbekannt ist, nämlich am weitgehenden Verschwinden der Stimme von Frauen nicht in, sondern nach einer revolutionären Situation" (Thürmer-Rohr 1993b:188). Sie geht jedoch über Baureithel

11 Die politische Neubestimmung des Geschlechterverhältnisses, wie es an den "Runden Tischen" erarbeitet wurde, schlägt sich beispielsweise in einem Verfassungsentwurf von 1990 nieder, "der sich rühmen kann, der fortschrittlichste in Europa gewesen zu sein" (Baureithel 1993:78; Verfassungsentwurf für die DDR, Berlin, April 1990).

hinaus, indem sie den eigenen Anteil an dem Verschwinden der Frauen aus der Politik in das Zentrum ihrer Fragestellung rückt. Ihrer Ansicht nach beruht die gegenwärtige Sprach- und Machtlosigkeit der Frauen zum Teil darauf, daß es keine grundsätzliche feministische Kritik an dem System gibt, welches nun zum gemeinsamen wird. Eine der Fragen, die der deutsche Einigungsprozeß aufgeworfen hat, und die bisher nicht beantwortet wurde, lautet also, was die Frauen daran hindert, sich den "weltpolitischen Fragen" in einer Form zu widmen, die es ermöglicht, ihre eigene Komplizinnenschaft und Randständigkeit zu überwinden.

- II) Zweitens muß daran erinnert werden, daß die aktiven Trägerinnen der Fraueninteressen nur eine kleine Minderheit waren, die zudem in ihrer Herkunft, Zusammensetzung und ihren politischen Vorstellungen sehr disparat waren. Während jedoch der Umbruchprozeß dazu geführt hat, daß diese Frauen sich über ihre sozialen, politischen und ethnischen Unterschiede hinweg unter der Gemeinsamkeit "Geschlecht" mobilisierten, führt der Vereinigungsprozeß zu einer bedeutenden Schwächung der Bewegung und der Entsolidarisierung ihrer Teile. So fristet der unabhängige Frauenverband, der einmal die Hoffnung weckte, zum starken Arm der Frauenbewegung zu werden, derzeit nur noch eine "staatlich alimentierte Existenz in der politischen Bedeutungslosigkeit" (Baureithel 1993:80). Gleichzeitig gewinnen die Trennungslinien unter den Frauen an Bedeutung und mit ihnen Politiken der Abgrenzung. Dies wird in dem Verhältnis der ostdeutschen zur westdeutschen Frauenbewegung sehr deutlich. Der Verlust der Kommunikationsfähigkeit im Ost-West-Dialog manifestierte sich um so stärker, wie jede Seite durch den sich abzeichnenden neuen Staat die eigenen frauenpolitischen Errungenschaften bedroht oder bereits verloren sah. Hier muß sich die Frauenforschung die Frage stellen, warum es unmöglich geworden zu sein scheint, jenseits der Trennungslinien gemeinsame politische Ziele zu formulieren und solidarisch zu vertreten.

Untersucht werden muß nunmehr, ob die Effekte des deutschen Einigungsprozesses - der einschließende Ausschluß der Frauen - sich im europäischen Einigungsprozeß reproduzieren oder ob es im Gegenteil den Frauen hier gelingt, einen erweiterten demokratischen Spielraum zu erobern.

2.2. Das Demokratiedefizit der EU in seinen Auswirkungen auf die Frauenfrage

Der Frage, ob und inwieweit die politischen Ziele, die die europäischen Frauenbewegungen verfolgen, in den supranationalen politischen Willensbildungsprozeß Eingang finden, geht Schunter-Kleemann in einer Reihe von Beiträgen nach.¹² Sie kommt zu dem Ergebnis, daß die europaweite Frauenbewegung zwar bis in die EG-Gremien hinein ausgestrahlt habe, daß aber "die besondere Art und Weise, wie die Gemeinschaftsorgane die Frauenpolitik

12 Vgl. vor allem Schunter-Kleemann 1992a, 1993a, 1993b.

verrechtlicht und institutionalisiert haben, zu einem bürokratisch und gouvernemental verformten Staatsfeminismus geführt hat" (Schunter-Kleemann 1992a:30). Für diese Entwicklung macht sie insbesondere das "Demokratiedefizit" der EU verantwortlich. Vor allem die mangelnden politischen Gestaltungsbefugnisse des Europäischen Parlaments, welches sich auf der europäischen Ebene die Forderungen der Frauenbewegungen am stärksten zu eigen gemacht hat, tragen wesentlich dazu bei, daß die europäische Gleichstellungspolitik konzeptionell zu kurz greift. Gleichzeitig führen die informellen Entscheidungsfindungsprozesse im EU-System und die frappierende Unterrepräsentanz von Frauen in den europäischen Gremien dazu, daß es zwischen der EU-Frauenpolitik und den europäischen Frauenbewegungen kaum Ebenen der politischen Vermittlung gibt. Dies führt zur Verselbstständigung der institutionalisierten Frauenpolitik. Damit gehen wichtige Ziele der Frauenemanzipation wie die Erweiterung von Freiheits- und Gleichheitsgarantien, die kollektive Teilhabe an sozialer Sicherung, erweiterte politische Gestaltungs- und Einflußmöglichkeiten nicht nur für einzelne, sondern für die vielen Frauen auf der europäischen Ebene verloren (Schunter-Kleemann 1992a:53).

Die politische Brisanz des demokratischen Defizits und der fehlenden Partizipationschancen der Frauen wurde in den dänischen Referenda und dem französischen Referendum über den Vertrag von Maastricht deutlich. Das erste Nein der DänInnen war maßgeblich ein Nein der Däninnen. 56% der dänischen Männer hatten für, 57% der dänischen Frauen jedoch gegen den Vertrag gestimmt. Die mehrheitliche Ablehnung des Vertrages durch die Frauen wiederholte sich in Frankreich und auch in der Schweizer EWR-Debatte. (Schunter-Kleemann 1993a:451). Die Gründe der weiblichen Ablehnung des gegenwärtigen Europa-Projektes sind vielfältig und müssen differenziert analysiert werden. Als einen entscheidenden Grund nennt Dahlerup jedoch für das dänische Abstimmungsverhalten: "Das Abgeben von Macht durch das dänische Parlament an Brüssel bedeutet schlicht und ergreifend weniger Einfluß für Frauen. Trotz der männlichen Dominanz, die auch in der dänischen Politik existiert, haben in Dänemark, Norwegen und Schweden Frauen mehr als 30% der Parlamentssitze dieser Länder gewonnen. Im Europaparlament (...) haben Frauen nur 19% der Sitze. In der Kommission gibt es nur zwei weibliche Kommissare (...). *In Dänemark ist eine der Konsequenzen der letzten 10 bis 20 Jahre feministischer Debatte, daß für Frauen und nicht wenige Männer 'rein männliche' Organisationen ihre demokratische Legitimation verloren haben.*" (Dahlerup 1993:29, Hervorhebung von mir).

Hier wird deutlich, daß die tiefe Legitimationskrise, in der sich der europäische Integrationsprozeß befindet, entscheidend auch auf seinen Frauen ausschließenden Charakter zurückzuführen ist. Dies wurde bisher in seiner Tragweite von den entscheidenden politischen Instanzen nicht zur Kenntnis genommen. Nicht Redemokratisierung, sondern Europapolitik als PR-Paket soll die Akzeptanz der Integrations Schritte nachträglich beschaffen. Als Adressatinnen der PR-Kampagne werden Frauen - wie Jugendliche - besonders

umworben¹³. Ob sich die Europäische Union eine derartige Instrumentalisierung der Frauen leisten kann, ohne ihnen ein ernsthaftes Angebot an realen Partizipationschancen zu machen, werden die politischen Auseinandersetzungen im Vorfeld der Regierungskonferenzen von 1996 zeigen.

Die Integration der ostdeutschen Frauen in den bundesdeutschen wie den westeuropäischen politisch-institutionellen Kontext verbannt sie damit insgesamt in die politische Bedeutungslosigkeit. Ist es ihnen schon in der BRD nicht gelungen, ihre Stimmen einzubringen, so stellen sie im europäischen Kontext vollends eine quantité négligeable dar. Allerdings ist diese Ausschließung kein Automatismus, sondern ebenso ein Ergebnis (nicht geführter) politischer Kämpfe.

Entscheidend für die Frage, welchen Platz Frauen im vereinigten Europa einnehmen werden, sind allerdings nicht nur die Partizipationschancen derjenigen, denen prinzipiell die Staatsbürgerrechte zuerkannt werden, sondern ebenso die Eintrittsbedingungen des exklusiven Clubs der 12.

3. Zum Verhältnis von Einigung und Ausgrenzung in Europa

Freiheit, Mobilität und Überwindung der Grenzen waren und sind entscheidende ideologische Leitbilder der deutschen und der westeuropäischen Einigung. Zu beobachten ist jedoch, daß die Überwindung der internen Schranken und Grenzen parallel zu einem doppelten Prozeß neuer Grenzziehung verläuft.

Einerseits wird die Abwehr der Angehörigen aus Drittländern zur "obersten Pflicht" eines jeden Mitgliedsstaates in der Gemeinschaft. Das Schengener Abkommen, der Titel VI des Maastrichter Vertrages und die neu eingeführten Artikel 100c und 100d sowie die Regierungserklärungen zur Asylfrage und zur polizeilichen Zusammenarbeit sind nicht nur einfach das Ergebnis der Verlagerung bisher nationaler Asyl- und Einwanderungspolitiken auf europäisches Niveau. Unter dem Vorwand der Notwendigkeit europäischer Harmonisierung dieser Politiken werden vielmehr noch vorhandene Rechte der EinwanderInnen und liberale Einwanderungsbestimmungen systematisch abgebaut. Gleichzeitig werden Visums- und Asylrechtsfragen, Vertreibungsdruck und Migration, Arbeitsmarkt- und Flüchtlingspolitik zunehmend zu untergeordneten Variablen der westeuropäischen inneren Sicherheit deklariert (vgl. Kraemer 1993). Nicht genug damit, daß die

13 So sieht die von der Kommission eingesetzte Expertengruppe, die den Ursachen der Vertrauenskrise nachgehen sollte, diese im "Informationsdefizit der Bürger" und propagiert dementsprechend einen verbesserten Dialog mit dem Bürger. Dabei sollen gerade Frauen angesprochen werden, denn: "Bei Frauen ist die Wahrscheinlichkeit größer, daß sie die existentiellen Vorteile einer besseren Zukunft intuitiv und schneller erkennen als Männer. Sie lehnen instinktiv jede Form von Krieg und aggressivem Handeln ab, sind kontaktfreudig, haben moralische Werte, lieben zwischenmenschliche Beziehungen im allgemeinen und ihre Familie im besonderen...Wir müssen unsere Darstellung der Europäischen Union so auf die Frauen zuschneiden, daß sie die Vorteile erkennen, die die Europäische Union für sie, ihr Leben, ihre Familie, ihre Kinder, ihren Beruf bietet." (Le Clercq-Bericht S.11, zitiert in Schunter-Kleemann 1993a:469).

westeuropäischen Grenzen undurchlässig werden, wird seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Länder auf diese ein permanenter Druck ausgeübt, ihrerseits ihre Grenzen gegenüber ihren weiter östlich gelegenen Nachbarn zu schließen - die Festung Europa schafft sich somit vorgelagerte Schutzwälle.

Andererseits sind - und hierfür steht das vereinigte Deutschland - rechtsextremistische und rassistische Gewalttaten gegen Einwanderer in einem Maße (wieder) möglich geworden, wie es seit 1945 undenkbar schien. Die brennenden Häuser von Mölln und Solingen sind dabei nur die Spitze des Eisberges. Es hat den Anschein, als könne sich die Gemeinsamkeit und Identität der Deutschen, die sich in den Widersprüchen des Vereinigungsprozesses nicht herstellen will, nur über die gewaltsame Identifikation und Vertreibung aller Fremden realisiert werden.

Daß Migration, Rassismus und Abschottung nach außen in einem engen Zusammenhang stehen, ist unbestritten. So lautet im herrschenden Diskurs der Bundesrepublik der Zusammenhang etwa folgendermaßen: "In zunehmenden Maße strömen die Armen der 'Dritten Welt', in den letzten Jahren auch die aus Osteuropa, nach Westeuropa, insbesondere in die Bundesrepublik Deutschland, um am Wohlstand dieser Region teilzuhaben. Dieser unbegrenzte Zustrom ist einerseits ökonomisch nicht zu verkraften, andererseits erzeugt er bei der durch den Schock der Wiedervereinigung noch zusätzlich verunsicherten Bevölkerung Gefühle der Bedrohung und der Angst, die wiederum zu 'Ausländerfeindlichkeit' führen. Um diesen gefährlichen Tendenzen Einhalt zu gebieten, muß die Zahl der Einwanderer gedrosselt werden (...)" (Räthzel 1993:19).

In diesen herrschenden Diskurs interveniert die Frauenforschung mit zwei Fragestellungen. Zum einen werden Flucht- und Migrationsursachen sowie geschlechtsspezifische Auswirkungen der politischen Regulation der Einwanderungspolitik untersucht. Zum anderen werden Fragen nach der eigenen Beteiligung am rassistischen und fremdenfeindlichen gesellschaftlichen Dominanzverhältnis formuliert.¹⁴

14 In dieser Frage sollen der deutsche und der europäische Einigungsprozeß einander nicht gegenübergestellt werden. Dies ergibt sich zumindest in Teilen aus der "Natur des Gegenstandes". Während die Internationalisierung der Ökonomie dazu führt, daß Westeuropa insgesamt sich der eigenen Verantwortung an den Migrationsströmen gewahr zu werden hat, so ist die Einwanderungspolitik trotz der europäischen Harmonisierung zentral von den politischen Vorgaben und Auseinandersetzungen der Nationalstaaten determiniert und konstituiert sich Rassismus im nationalstaatlichen Raum. Wenn auch nachzuweisen ist, daß sämtliche westeuropäischen Gesellschaften rassistisch konstituiert sind, so sind die jeweiligen Formen des Rassismus jedoch sehr unterschiedlich. Wie sich die Rassismen im Prozeß der europäischen Identitätsfindung miteinander artikulieren - und inwieweit hierfür die in Deutschland gemachten Erfahrungen "vorbildhaft" sind, vermag ich nicht zu sagen. Fest steht jedoch, daß vor dem Hintergrund der in Deutschland gemachten Erfahrungen die Ausschließungsmechanismen der Europäischen Union sehr genau hinterfragt werden müssen.

3.1. Migrationsursachen

Hiller/Schunter-Kleemann (1992) unterscheiden zwischen zwei besonderen Ursachen der Migration: Flucht und Arbeitsmigration. Geflüchtet wird aus einer Reihe von Gründen: politische Verfolgung, Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Minderheit, wegen Bürgerkriegen u.a. Frauen fliehen auch aus weiteren Gründen, weil sie als Familienangehörige von Verfolgten stellvertretend mißhandelt worden sind, wegen der sie diskriminierenden herrschenden moralischen und ethnischen Normen der Herkunftsländer oder wegen sexistischer Gewalttaten. Bezeichnenderweise wird weder in den bundesdeutschen Asylverfahren noch in der Genfer Flüchtlingskonvention frauenspezifische Verfolgung als Asylgrund anerkannt. Die Asylbehörden orientieren sich in ihrer Anerkennungs politik an "der stereotypen Vorstellung vom heldenhaften männlichen Aktivisten (...); nur wenn sie diesem Heldenbild entsprechen, werden Menschen als politisch verfolgt anerkannt." (Kang 1993:250). Die Folge ist, daß die Asylgesetzgebung Frauen in sehr viel geringerem Maße Schutz bietet als Männern.

Während der Zusammenhang zwischen politischer Gewalt und Bürgerkriegen in einem großen Teil der Welt und der kolonialen und neo-kolonialen Politik, Rüstungsexporten und Militärpolitiken der Industriemächte in der Frauenforschung nur angedeutet wird, läßt sich der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsstrategien der Zentren und der Entwicklung der Arbeitsmigration nachweisbar herstellen. Sassen (1991, 1993) zeigt am Beispiel der USA auf, daß die zentrale Rolle, die diese in den letzten Jahrzehnten bei der Entstehung der Weltwirtschaft gespielt haben, die Voraussetzungen dafür schufen, daß Arbeitskräfte in stetig wachsender Zahl in Richtung USA migrierten.¹⁵ Sie stellt zunächst fest, daß nicht, wie oft behauptet, die Ärmsten der Armen sich auf den Weg in die reichen Zentren machen, um sich ein Stück vom Kuchen des Wohlstandes abzuschneiden, sondern daß die meisten MigrantInnen gerade in Phasen des beschleunigten wirtschaftlichen Wachstums ihr Land verlassen. Dies bedeutet ihres Erachtens zwar nicht, daß Überbevölkerung, Armut und wirtschaftliche Stagnation nicht zur Migration führen. Aber diese Faktoren waren lange vorhanden, bevor die Emigration einsetzte. Die Frage muß also lauten, worin der Grund für die plötzliche Zunahme der Migration in die Vereinigten Staaten liegt. Notwendige Voraussetzung für die Zunahme der Migration sind nach Sassen Bindungen zwischen Einwanderer- und Auswandererland, die im Falle der USA über militärische Interventionen (wie beispielsweise in der Dominikanischen Republik, El Salvador, Korea) und amerikanische Direktinvestitionen hergestellt wurden und werden. Letztere flossen und fließen zu einem bedeutenden Teil in arbeitsintensive Exportindustrien nicht-industrialisierter Länder; mit der Konsequenz, daß die exportorientierte Produktion traditionelle auf den Binnenmarkt gerichtete Produktionsformen zerstört. Dies bewirkt gleichzeitig eine Entwurzelung

15 Es lohnt sich in unserem Zusammenhang etwas ausführlicher auf die Ergebnisse einzugehen, da sich -ausgehend von Sassens Untersuchungen - Schlußfolgerungen über den Zusammenhang Binnenmarkt und Migration herstellen lassen.

traditioneller Lebensweisen und Massenwanderungen in die Städte. Die exportorientierten ausländischen Investitionen schaffen zwar mehr Arbeitsplätze, führen aber für einige gesellschaftliche Gruppen zu Arbeitslosigkeit. Unter diesen rekrutiert sich ein Großteil des auswanderwilligen Potentials. Da die Direktinvestitionen in den jeweiligen Ländern gleichzeitig zu der Entwicklung von wirtschaftlichen, kulturellen und ideologischen Bindungen an die USA beitragen, erscheint das auserkorene Einwandererland nicht mehr so fremd.

Die Kehrseite der einwanderwilligen Arbeitskräfte stellt die Veränderung der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt der USA dar. Im Zuge des ökonomischen Strukturwandels stieg hier das Angebot an Niedriglohnjobs und niedrig qualifizierten Arbeitsplätzen gerade in den neuen Wachstumsbranchen stark an, während gleichzeitig die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die damit einhergehende Schwächung der Gewerkschaften dazu führte, daß die Integration (illegaler) MigrantInnen mit dem "Vorteil" ihrer sehr niedrigen Löhne und fehlender sozialer Absicherung erleichtert wurde.

Das Beispiel der USA verdeutlicht, daß in dem Moment, wo feste wirtschaftliche und geopolitische Zusammenhänge zwischen Ländern ungleichen Entwicklungsstandes und ungleicher Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, die Abwanderung von Arbeitskräften aus ärmeren in reichere Länder nicht aufzuhalten ist. Nimmt man die Ergebnisse Sassens für die derzeitige und künftige westeuropäische Entwicklung ernst, so ergibt sich, daß sich die zu erwartenden "Migrationsströme" aus Osteuropa (aber natürlich auch aus der südlichen Peripherie) nicht einfach aufgrund der Armut und Perspektivlosigkeit in Bewegung setzen, sondern in ursächlichem Zusammenhang mit historischen Verbindungen und den gegenwärtigen Wirtschafts- und Militärstrategien stehen. Solange die dominante ökonomische Strategie der BRD und Westeuropas gegenüber Osteuropa auf die Errichtung eines "Hinterhofs" abzielt oder hier auch nur ein neues Armenhaus zugelassen wird, und solange Westeuropa im Zuge des Binnenmarktes zunehmenden Bedarf an Arbeitskräften gleich welcher Couleur und Herkunft hat - wenn sie nur billig sind -, solange werden sich Arbeitskräfte zwischen den Grenzen bewegen.

In der deutschen und europäischen Asyl- und Einwandererpolitik werden diese Zusammenhänge jedoch schlicht negiert. Die widersprüchlichen Konsequenzen einer Politik, die ihre Grenzen dicht macht, obwohl eine Nachfrage nach Migrantinnen besteht, wird am internationalen Frauenhandel in geschlechtsspezifischer Weise deutlich¹⁶. Der internationale Frauenhandel blüht in einer Situation auf, in der einerseits die Bereitschaft von Frauen zur Migration aufgrund der weltwirtschaftlichen Ungleichheiten zunimmt, andererseits männliche Nachfrage nach ausländischen Frauen besteht. Restriktive Einwanderungspolitik führt dabei keineswegs zu einer Reduzierung des Frauenhandels, sondern macht die Reise für die betroffenen Frauen nur teurer und riskanter. "Das Ziel, undurchlässige Außengrenzen zu schaffen, bringt vor allem für Frauenhändler und Schlepper zusätzliche Profite. Für sie gilt das

16 Zum folgenden vgl. Hummel 1993.

unumstößliche Konjunkturgesetz: Je größer die Einreisehindernisse für Flüchtlinge und MigrantInnen, desto höher sind die Preise." (Hummel 1993:66)

Nicht nur für diese Art der Migration gilt jedoch, daß restriktive Einwanderungspolitik nicht in der Lage ist, die Migration tatsächlich zu stoppen. Es gelingt ihr allenfalls, die illegale Einwanderung zu fördern - und damit neue Probleme der inneren Sicherheit zu schaffen.

Die Frage ist also, warum die Fiktion, Abschottungspolitik werde das "volle Boot" wieder segeltüchtig machen, so hartnäckig aufrechterhalten wird.

Mit der gängigen Begründung der Abschottungspolitik wird eine Umkehrung von Problemursache und Wirkung vollzogen. Nicht mehr die eigene Art des Wirtschaftens wird in ursächlichen Zusammenhang mit Flucht und Migration gebracht, sondern die Einwanderer selbst werden als Problem definiert und können, solchermaßen stigmatisiert, in der internen politischen Auseinandersetzung rassistisch instrumentalisiert werden.

Im deutschen Einigungsprozeß erfüllt die Stigmatisierung des Fremden (mindestens) eine doppelte Funktion.

Einerseits herrscht eine tiefe politische Ratlosigkeit darüber vor, wie der notwendige und alternativlose Umverteilungsprozeß von West nach Ost unter den Bedingungen weltwirtschaftlicher Rezession und grundlegender Umstrukturierungsprozesse in zentralen Produktionssektoren sozialverträglich zu gestalten ist. Diese Ratlosigkeit wurde "mit einer durchaus politisch-strategisch in Gang gesetzten Debatte über das Asylrecht überbrückt, in der die (...) Zugewanderten als 'Parasiten des Sozialstaates' inszeniert wurden" (Bommes/Scherr 1993:52).

Andererseits müssen die Einwanderer als Fremde in einem Kontext erhalten, in welchem Deutschland versucht, über "Selbstethnisierung" (Bommes/Scherr 1993) eine gemeinsame Identität zu entwickeln, d.h. über den Versuch, die ökonomische, politische und kulturelle Heterogenität der Einwohner Deutschlands über die Ethnie aufzuheben. Die ethnische Selbstdefinition der Deutschen (nicht erst seit der Vereinigung) spiegelt sich in der Definition der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Abstammungsprinzip wieder. Nach diesem Prinzip werden zwar Menschen in anderen Ländern zu Deutschen erklärt, nur weil ihre Vorfahren im Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand von 1937 Aufnahme gefunden hatten, gleichzeitig werden aber den in Deutschland lebenden Einwanderern die elementarsten Staats- und Bürgerrechte vorenthalten (vgl. Hiller/Schunter-Kleemann 1992).¹⁷

17 Ein Großteil der seit langem in Deutschland lebenden EinwanderInnen wird im Zuge des europäischen Einigungsprozesses gleich noch einmal ausgegrenzt, gilt doch die Unionsbürgerschaft nur für EU-InländerInnen.

3.2. Weiße Frauen und Rassismus

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie die Frauenforschung die Mittäterschaft von "mehrheitsdeutschen" (Magiriba Lwanga) Frauen im rassistischen Alltag Deutschlands reflektiert. Denn soviel ist klar: bundesdeutsche Frauen profitieren nicht nur von dem hier auf der Grundlage einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung angesammelten Reichtum, sondern sind ebenso Nachfragerinnen nach multikultureller, zu niedrigen Preisen gelieferter Arbeit.¹⁸

Thürmer-Rohr (1993a) konstatiert, daß die weiße Frauenbewegung der letzten 20 Jahre ebenso wie die feministischen Theoretikerinnen in den westeuropäischen Ländern die rassistischen Herrschaftsverhältnisse kaum in die eigene Gesellschafts- und Patriarchatskritik einbezogen haben. Diese Ausblendung stellt für sie nicht bloß ein Versäumnis dar, welches nun durch Addition des Rassismusproblems zu den bisherigen feministischen Fragestellungen behoben werden könnte, "sondern sie ist selbst *rassistisch*." (1993a:12, Hervorhebung im Original)¹⁹ Indem die innerkulturelle weiße Geschlechterhierarchie "hinterrücks zum Modell für weiße Herrschaft überhaupt gemacht wird; (und) die eigene Erfahrung generalisiert und zur monokausalen Erklärung aller anderen weißen Herrschaftsweisen erhoben wird", werden die Erfahrungen und Perspektiven aller derjenigen negiert, die an der gleichen Kultur zu leiden haben, aber anders und meist mehr als die weißen Frauen (Thürmer-Rohr 1993a:12). Sie fordert daher von der feministischen Bewegung, sich mit der eigenen Teilhabe und Verantwortung an dem Herrschaftsverhältnis der eigenen Kultur auseinanderzusetzen. Dieser Forderung können sich ostdeutsche Frauen sowenig wie westdeutsche Frauen entziehen. Gerade zur Begründung des Rassismus im östlichen Teil Deutschlands werden oft die soziale Verunsicherung und die fehlende Gewohnheit im Umgang mit den Fremden als selbstentlastende Ursachen angeführt (vgl. Fischer/Munske 1993).

Schlußfolgerungen und Perspektiven

Aus den Ergebnissen der Frauenforschung zum deutschen und zum europäischen Integrationsprozeß läßt sich lernen, daß ökonomische, soziale und politische

18 Friese (1993) hat auf die Kehrseite der zunehmenden Erwerbstätigkeit gebildeter Frauen der Mittelschicht aufmerksam gemacht: Diese können sich gerade dank der jüngsten Migrationswelle aus Osteuropa billige DienstbotInnen zur Bewältigung der Hausarbeit leisten. Daß gerade die osteuropäischen Frauen oft selber Akademikerinnen waren, an deren Dequalifizierung deutsche Mittelstandsfrauen sich beteiligen, entbehrt nicht einer gewissen Ironie.

19 Thürmer-Rohr legt ihrer Untersuchung den folgenden, von Rommelspacher entwickelten Rassismusbegriff zugrunde: "Mit der Kategorisierung in die Schlechten und die Guten, die rechtsextremen Rassisten und die nicht-rassistische Mehrheit wird verschleiert, daß wir alle in einer rassistischen Gesellschaft leben, daß sich der Reichtum unserer Gesellschaft auf die Ausbeutung von Menschen aus anderen Ländern stützt und zur Legitimation dieser Ausbeutung abgewertet und ausgegrenzt werden, daß Rechte wie Linke, Konservative wie Liberale, Feministinnen wie Umweltschützer, Mächtige wie Machtlose rassistisch orientiert sind, wenn sie in dieser Gesellschaft aufgewachsen sind und nicht gelernt haben, sich bewußt davon zu distanzieren" (zitiert in Thürmer-Rohr 1993:12).

Errungenschaften von Frauen rasant zurückgeschraubt werden, wenn die "Marktfreiheit" zur letzten Instanz erhoben wird. Damit legt sie den Finger auf eine zentrale Schwachstelle der in der bundesdeutschen politischen Diskussion und mainstream-Forschung vorherrschenden Auffassungen über die "Vorteile" der deutschen Einheit, des Binnenmarktes und der Europäischen Union.

Während jedoch die Frauenforschung in Ost und West den deutschen Einigungsprozeß inzwischen profund reflektiert²⁰, befindet sie sich bezüglich der europäischen Integration erst in einem Aneignungsprozeß. Hier sind eine Reihe von Fragen offen geblieben, die teilweise durch die Erfahrungen in Deutschland erhellt werden können. Die offenen Fragen bilden gleichzeitig mögliche zukünftige Forschungsperspektiven.

- I) Obwohl es in der Analyse der geschlechtsspezifischen Auswirkungen des ökonomischen Integrationsprozesses explizites Anliegen der Frauenforschung ist, die Gewinnerinnen und die Verliererinnen dieses Prozesses und damit die Differenzierungslinien unter Frauen zu identifizieren, wird dieser Anspruch erst relativ wenig und unsystematisch erfüllt. Vorherrschend ist nach wie vor ein Analysemuster, welches die Frauen in ihrer Gesamtheit als "Betroffene" des gegenwärtigen Integrationsprozesses erscheinen läßt.

Die Analyse aus dem Blickwinkel der Betroffenen führt einerseits zur Gleichsetzung von Frauen in der Ökonomie mit Frauen in der Arbeit. Damit fällt aber beispielsweise völlig unter den Tisch, daß "Ökonomie nicht nur die Mühsal der Produktion, sondern auch die Annehmlichkeiten des Konsums bedeutet, und daß dieser nicht allein den 'Besitzenden' vorbehalten ist." (PROKLA-Redaktion 1993:525). Hier ist eine Erweiterung des Blickwinkels notwendig; wie Frauen nämlich als Konsumentinnen zur Reproduktion des sie gleichzeitig diskriminierenden Systems beitragen.

Aber selbst in den Untersuchungen aus dem Blickwinkel der arbeitenden und produzierenden Frauen greift ein Großteil der Analysen zu kurz. Zwar sind die Erkenntnisse bezüglich der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, der Segmentierung der Arbeitsmärkte, der diskriminierenden Effekte der Systeme der beruflichen Bildung im europäischen Kontext wichtig; betonen sie doch das, was in den vielen offiziellen Publikationen immer vergessen wird. Aber die fast gebetsmühlenartige Wiederholung der Frauen als Verliererinnen des Strukturwandels ist eine "allzu bequeme Vereinfachung komplizierter Verhältnisse" (PROKLA-Redaktion 1993). Die Auswirkungen der Integration auf den Arbeitsmärkten muß in der Tat, wie Kaluza es andeutet, nach sektoralen, regionalen und qualifikatorischen Aspekten differenziert werden. Voraussetzung dafür ist jedoch die Erarbeitung eines analytischen Rahmens, der Auskunft darüber gibt, welches gegenwärtig die treibenden Kräfte, die zentralen Widersprüche und die

20 Diese Diskussion in ihrer ganzen Breite und Differenziertheit wiederzugeben war nicht das zentrale Anliegen dieses Beitrags. Deshalb können die hier dargestellten Ergebnisse bezüglich des deutschen Einigungsprozesses nicht als repräsentativ für das inzwischen erarbeitete Forschungsspektrum gelten.

Entwicklungsperspektiven der ökonomischen Integration sind. Die ökonomischen Differenzierungsprozesse und die Standortbestimmung von Frauen müssen als Produkte des gegenwärtigen Integrationsprozesses analysiert werden, der "die selektive, sektorale und regionale Modernisierung" in Europa voranbringt, gleichzeitig aber "eine doppelte Polarisierung Europas in Gestalt der Reproduktion internationaler Hierarchien sowie der Akzentuierung innergesellschaftlicher Differenzierungen" bewirkt (Röttger 1993:487)²¹.

- II) Der analytische Rückbezug auf die tragenden ökonomischen Kräfte der Integrationsdynamik muß auch in der Untersuchung der Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme in Westeuropa erfolgen. Die bisherige Forschung verbleibt größtenteils einer auf den Nationalstaat bezogenen deskriptiv-komparativen Ebene verhaftet. Es ist bisher nur begrenzt gelungen, überhaupt Artikulationsmuster zwischen nationaler und europäischer Sozialpolitik zu benennen. Darüberhinaus muß jedoch nach den Konsequenzen des mit der EU eingeschlagenen Weges der primär monetären Regulation der Internationalisierung der Ökonomie auf die nationalstaatlichen Wohlfahrtspolitiken gefragt werden.
- III) Im Zentrum der Analyse der politischen Integration steht derzeit die Aufdeckung des "Demokratiedefizits" im institutionellen Gefüge des EU-Systems. So wichtig und berechtigt diese Kritik ist, so reicht sie jedoch keinesfalls aus, um die Frage nach Partizipationschancen von Frauen zu beurteilen. Hier muß es vielmehr darum gehen, wie im Zusammenhang mit der Internationalisierung der Ökonomie die politischen Entscheidungskompetenzen zwischen Regionen, Nationalstaaten und der supranationalen Ebene neu verteilt werden und damit zugleich neue politische Inhalte und neue Formen der politischen Repräsentation etabliert werden. David Held hat darauf hingewiesen, daß ökonomische Globalisierungstendenzen in dreifacher Weise Konsequenzen für demokratische Politik und Demokratietheorie erfordern: "first, the way process of economic, political, legal and military interconnectedness are changing the nature of the sovereign state from above, secondly, the way local and regional nationalism are eroding the nation-state from below, and thirdly the way global interconnectedness creates chains of interlocking political decisions and outcomes among states and their citizens which are altering the nature and dynamics of national political systems themselves." (Held, zitiert in Felder 1993:78). Die Frage nach dem Demokratiedefizit

21 Damit bewirkt der Integrationsprozeß jedoch nicht nur neue Differenzierungslinien zwischen Frauen, sondern ebenso neue Polarisierungen und neue Formen der Bindung zwischen den Geschlechtern. Dies belegt die deutsche Erfahrung, wo es "in den Ehen kracht (...), aber die Leute bleiben auf Biegen und Brechen zusammen (...). Im Vergleich zu den westdeutschen Frauen legen die jungen Ostdeutschen eine Toleranz an den Tag, die ungeheuerlich ist. Viele Männer haben die Wende nicht verkraftet. Die gehen jetzt baden. Und da sagen die Frauen: Ich kann ihn doch jetzt nicht allein lassen." (Gerasow 1993). Die neuen Bindungen zwischen den Geschlechtern im gegenwärtigen europäischen Modernisierungsprozeß wurden bisher von der Frauenforschung nicht thematisiert.

muß in diesem Gesamtrahmen gestellt werden und die Partizipationschancen von Frauen vor diesem Hintergrund ausgelotet werden.

Daher greifen auch die in einer Reihe von Analysen implizit enthaltenen alternativen Politikvorstellungen zu kurz. In der dänischen Debatte bringt Dahlerup explizit auf den Punkt, was in der deutschen Debatte oft mitschwingt: "Ich glaube, es ist unmöglich eine funktionierende Demokratie für 340 Millionen oder mehr Menschen einzurichten...Meiner Meinung nach sind die Bedingungen für eine funktionierende Demokratie, für die Beteiligung der BürgerInnen am demokratischen Prozeß in kleinen Ländern besser als in grossen. Die Macht sollte dort verankert sein, wo die Menschen leben." (Dahlerup 1993:32). Dies trägt den sich stellenden Problemen zu wenig Rechnung, solange man sich nicht ernsthaft mit der Frage auseinandersetzt, in welcher Form unter den Bedingungen der Globalisierung der Ökonomie und der Erodierung der Nationalstaaten "die Macht dort verankert sein kann, wo die Menschen leben."

Aus dem bisher gesagten ergibt sich, daß die künftige Frauenforschung nicht in der Analyse partikularer Elemente und Politikfelder der Europäischen Union stehen bleiben darf. Vielmehr muß es darum gehen, eine feministische Grundsatzkritik an dem gesellschaftlichen System, welches sich derzeit (west)europaweit konstituiert, zu begründen. Eine entscheidende Fragestellung wird dabei sein, ob und wie es möglich sein wird, trotz der zunehmenden Differenzierungen unter den Frauen eine nicht an den vorgegebenen politischen Grenzen halt machende gesamteuropäische solidarische Frauenmobilisierung zu initiieren. Der deutsche Einigungsprozeß hat gezeigt, wie schnell Frauen angesichts unterschiedlicher politischer und kultureller Lebensweisen den Dialog aufgeben. Aber wenn es uns nicht gelingt, aus der Randständigkeit herauszukommen und einen gemeinsamen Diskurs jenseits der Unterschiede zu entwickeln, berauben wir uns selbst der Möglichkeit einzugreifen.

4. Literatur

Arnemann, Astrid und Sudmann, Stefanie (1992): Teilzeitarbeit im Rahmen der Europäischen Sozialgesetzgebung, Bremen: unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Bremen, Wissenschaftliche Einheit Frauenstudien und Frauenforschung (WE FF)

Autorinnengemeinschaft (Hrsg.) (1991): Beschäftigungsperspektiven von Frauen im EG-Binnenmarkt, Arbeitspapier 1991 - 2, Arbeitskreis sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF)

Baureithel, Ulrike (1993): Wer setzt die Flötentöne in Europa?, Deutsch-deutscher Einigungsprozeß und Europäische Integration: Die Konsequenzen der gescheiterten Revolution der Frauen in Ostdeutschland, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Schwerpunktheft: Europa - einig Vaterland?, 16. Jg., H. 34, S. 75-84

Beiträge-Redaktion (1993): Editorial, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Schwerpunktheft: Europa - einig Vaterland?, 16. Jg., H. 34, S. 5-8

Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen (Hrsg.) (1992): Frauen Macht Europa, Dokumentation der ersten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - KSZE - der Frauen vom 13.-15.11. 1990 in Berlin

Bohnenkamp, Ulrike (1992): Europa im Umbruch - neue Dimensionen der Frauenpolitik?, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, Berlin: edition sigma, S. 11-28

Bommes, Michael und Scherr, Albert (1993): Migration im nationalen Sozialstaat BRD, in: Arbeitsgruppe 501 (Hrsg.): Heute hier - morgen fort: Migration, Rassismus und die (Un)Ordnung des Weltmarktes, Freiburg (Breisgau): Informationszentrum Dritte Welt, S. 45-56

Braun, Anneliese (1993): Welche Perspektive für die Hälfte der Frauen?, Zur sozialen Lage in den "neuen Ländern", in: Das Argument, 35. Jg., H. 199, S. 381-392

Brüggemann, Beate; Szell, György und Vanello, Mino (i.E.): Frauen in Führungspositionen, Forschungsprojekt an der Universität Osnabrück, Fachbereich Industriosozologie

Buchholz-Will, Wiebke (1990): Familienarbeit und Teilzeitarbeit in der EG - Geteiltes Leid, geteilte Freud?, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): EG-Binnenmarkt - EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?, Bremen: WE FF Verlag, Schriftenreihe der Wissenschaftlichen Einheit Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen (WE EF), Band 2, S. 95-121

Buchholz-Will, Wiebke (1990): Kinder erziehen bleibt Privatsache - Elternurlaub in der EG, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): EG-Binnenmarkt - EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?, Bremen: WE FF

Verlag, Schriftenreihe der Wissenschaftlichen Einheit Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen (WE EF), Band 2, S. 158-174

Buchholz-Will, Wiebke (1992): Steuern, Staat und Frauen, Die Zusammenhänge zwischen Ehegattenbesteuerung und Erwerbstätigkeit von Frauen in der EG, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, S. 59-84

Buchholz-Will, Wiebke (1991): Gewerkschaftliche Frauenarbeit auf europäischer Ebene, in: Florence Hervé (Hrsg.): Frauenzimmer im Haus Europa, Köln: Papy-Rossa Verlag, S. 193-198

Dahlerup, Drude (1993): EG-Demokratie zur Zeit unmöglich, in: Bresche, H. März, S. 31-32

Degraef, Véronique (1991): Europäische feministische Studien und Forschungen: GRACE, WISE, ENWS, in: Florence Hervé (Hrsg.): Frauenzimmer im Haus Europa, Köln: PapyRossa Verlag, S. 199-204

Deja-Löhlhoffel (1992): Frauen in Europa: Chancen in einem sich vergrößernden Europa, in: Reihe Eurokolleg, H. 20, Friedrich-Ebert-Stiftung

Dieball, Heike (1991): Gleichstellung von Frau und Mann im Recht der EG, in: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit, H. 30, S. 1309-1315

Dippelhoffer-Stiem (1993): Hürden im Bildungsweg von Studentinnen - ein europäisches Problem?, in: Frauenforschung, H. 3, S. 58ff.

Doese, Annegret (1992): Genossenschaften in Europa - eine Perspektive für Frauen?, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, H. 3, S. 245-254

Dröbler, Christiane (Hg.) (1993): Women at Work, Sexarbeit, Binnenmarkt und Emanzipation, Frankfurt: HWG - Verein zur Förderung der Information und Kommunikation zwischen weiblichen Prostituierten e.V.

Feist, Ursula (1990): Die Unterrepräsentanz von Frauen im politischen System der Bundesrepublik, Gründe und Strategien zur Veränderung, in: Barbara Schäffer-Hegel und Heidi Kopp-Degethoff (Hrsg.): Vater Staat und seine Frauen - Studien zur politischen Kultur, Centaurus: Pfaffenweiler, Feministische Theorie und Politik, Bd. 4

Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen (Hg.) (1992): Raum greifen und Platz nehmen, Dokumentation der ersten Europäischen Planerinnentagung, Dortmund: eFeF

Feministische Studien (1992): Umbruch in Europa - Aufbruch der Frauen?, in: Feministische Studien, Schwerpunktheft, H. 2

Fiedler, Angela und Regenhard, Ulla (1991): Makroökonomische Rahmenbedingungen und beschäftigungspolitische Implikationen des Cecchini-Reports, in: Autorinnengemeinschaft (Hrsg.): Beschäftigungsperspektiven von

Frauen im EG-Binnenmarkt, Arbeitspapier 1991 - 2, Arbeitskreis sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), S. 3-20

Fiedler, Soja (1993): And the Walls Come Tumbling Down? A Feminist View from East Berlin, in: Alternatives, 18. Jg., H. 1, S. 97-108

Figge, Karin und Quack, Sigrid (1990): Frauenbeschäftigung in der bundesdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie, Entwicklungen und Perspektiven unter Berücksichtigung des europäischen Binnenmarktes, Discussion Paper FS I 90 - 10, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Figge, Karin und Quack, Sigrid (1991): Europäischer Binnenmarkt und Frauenbeschäftigung, Betrachtungen in zwei ausgewählten Branchen: Textil/Bekleidung und Banken, in: Autorinnengemeinschaft (Hrsg.): Beschäftigungsperspektiven von Frauen im EG-Binnenmarkt, Arbeitspapier 1991 - 2, Arbeitskreis sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), S. 21-48

Fischer, Martina und Munske, Barbara (1993): Women and the German Merger: Views from West Berlin, in: Alternatives, 18. Jg., H. 1, S. 75-95

Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.) (1990): Internationale Frauenpolitik, Sankt Augustin: Comdok-Verlagsabteilung

Friese, Marianne (1993): Frauenbildung und Geschlechterdifferenz im Prozeß europäischer Modernisierung, , Vortrag auf dem Frauen Europa Kongreß: Frauen erobern Europa!? Frauenarbeit und Frauenbildung im europäischen Wandel, 10.11.-2.12.1993 in Bremen

Gaserow, Vera (1993): Der Familienknick, in: Die Zeit, H. 36, 3.9.1993

Gassen, Gisela (1991): Die Zukunft der Europäerinnen - Frauen und der Binnenmarkt, in: Wir Berlinerinnen, H. 38, S. 1ff.

Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. (Hrsg.) (1992): Die Stellung der Frau in den Alterssicherungssystemen des Auslands, Köln: UuStB

Goerlich, Annette (1991): Wie halten wir es mit der EG? Ein Beitrag aus der BRD, in: Frauezeitig, H. 3.

Goerlich, Annette (1992): Flexibilität im EG-Binnenmarkt: Teilzeitarbeit, Nachtarbeit und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse von Frauen, in: Ulla Kilchenmann, Theresa Bauer und Annette Goerlich (Hrsg.): Flexibel oder flexibilisiert?, Zürich: S. 219-244

Goerlich, Annette (1993): EG - Moloch oder Hoffnungsträgerin, Ein Plädoyer für eine frauenpolitische Einmischung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Schwerpunktheft: Europa - einig Vaterland?, 16. Jg., H. 34, S. 9-26

Graat, Elena; Graat, Thomas und Steinle, Wolfgang (1990): Women and Assistance for Elderly and Handicapped Persons, Studie im Auftrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Büro für Chancengleichheit

- Gröner, Lissy** (1991): Die aktuelle EG-Frauenpolitik, Das NOW-Programm muß konkret nachgebessert werden/Forderung nach einem EG-Frauenministerrat, in: *Zweiwochendienst Frauen und Politik*, 7. Jg., H. 76, S. 8
- Gröner, Lissy und Werner, Eva** (1992): Die Familienpolitik der EG, in: *Informationen für die Frau*, 41. Jg., H. 7-8, S. 18-20
- Grote, Marita; Pohlmann-Rohr, Birgit; Zanke, Gabriele und Koczy, Marion** (1991): Frauenbelange in der Planung im Europäischen Raum, Eine Material- und Pilotstudie zu vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten von Frauen im Planungsprozeß am Beispiel der BRD, den Niederlanden, Großbritannien und Schweden, Dortmund: FOPA
- Heckmann, Rosemarie** (1992): Landfrauen in Europa, in: *Informationen für die Frau*, 41. Jg., H. 1, S. 15-16
- Heckmann, Rosemarie** (1992): Was tut "Europa" für die Frauen?, in: *Die Frau in unserer Zeit*, H. 3, S. 23-25
- Heckmann, Rosemarie** (1993): Die Lebenssituation der Frauen im Osten und Westen der Bundesrepublik Deutschland, in: *Informationen für die Frau*, H. 5, S. 16-18
- Held, David** (1991): Democracy, the Nation-State and the Global System, in: David Held (Hrsg.): *Political Theory Today*, Cambridge: Polity Press, S. 197-235
- Hervé, Florence** (1991): 35 Jahre Europäische Gemeinschaft: Für Frauen eine magere Bilanz, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Frauenzimmer im Haus Europa*, Köln: PapyRossa Verlag, S. 16-22
- Hervé, Florence** (1991): ENWRAC, Europäisches Netzwerk für das Recht auf Verhütung und auf Schwangerschaftsabbruch, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Frauenzimmer im Haus Europa*, Köln: PapyRossa Verlag, S. 205-208
- Hervé, Florence** (1991): Frag die Frauen: Initiativen und Alternativen, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Frauenzimmer im Haus Europa*, Köln: PapyRossa Verlag, S. 168-173
- Hervé, Florence** (1991): Vorbemerkung, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Frauenzimmer im Haus Europa*, Köln: PapyRossa Verlag, S. 11-13
- Hiller, Ulrike und Schunter-Kleemann, Susanne** (1992): Leben zwischen den Grenzen, Europäische Asyl- und Einwanderungspolitik gegenüber Frauen, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): *Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat*, Berlin: edition sigma, S. 107-140
- Hohnerlein, Eva-Maria** (1992): Kompensatorische Regelungen der gesetzlichen Alterssicherungssysteme bei durchbrochenen Erwerbsbiographien, Ansätze zur Anerkennung unbezahlter Familienarbeit in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, in: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. (Hrsg.): *Die Stellung der Frau in den Alterssicherungssystemen des Auslands*, Köln: UuStB, S. 1-27

- Hörburger, Hortense (1990):** Atypische Beschäftigungsverhältnisse in der EG, in: Informationen für die Frau, 39. Jg., H. 7-8, S. 3-6
- Hörburger, Hortense (1990):** Europas Frauen fordern mehr, Die soziale Dimension des EG-Binnenmarkts am Beispiel der spezifischen Auswirkungen auf Frauen, Marburg: SP-Verlag Norbert Schüren
- Hörburger, Hortense (1991a):** Eine Richtlinie gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz tut not, in: Florence Hervé (Hrsg.): Frauenzimmer im Haus Europa, Köln: PapyRossa Verlag, S. 189-192
- Hörburger, Hortense (1991b):** Klagemöglichkeiten vor dem Europäischen Gerichtshof, in: Florence Hervé (Hrsg.): Frauenzimmer im Haus Europa, Köln: PapyRossa Verlag, S. 179-184
- Hörburger, Hortense (1992):** Europa - ratlos statt grenzenlos. Der Vertrag von Maastricht auf dem Prüfstand, Marburg
- Hummel, Diana (1993):** Lohnende Geschäfte: Frauenhandel mit Osteuropäerinnen und der EG-Binnenmarkt, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Schwerpunktheft: Europa - einig Vaterland?, 16. Jg., H. 34, S. 75-84
- Jordan, Berith (1990):** Die Textilindustrie auf dem Weg zum Binnenmarkt - die Textilarbeiterinnen auf dem Weg in die Arbeitslosigkeit?, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): EG-Binnenmarkt - EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?, Bremen: WE FF Verlag, Schriftenreihe der Wissenschaftlichen Einheit Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen (WE EF), Band 2, S. 195-211
- Kaluza, Hildegard (1990b):** Frauenförderung in der Europäischen Strukturpolitik, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): EG-Binnenmarkt - EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?, Bremen: WE FF Verlag, Schriftenreihe der Wissenschaftlichen Einheit Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen (WE EF), Band 2, S. 54-94
- Kaluza, Hildegard (1991):** Beschäftigungssituation von Frauen in Europa und Frauenpolitik der Europäischen Gemeinschaft, in: Autorinnengemeinschaft (Hrsg.): Beschäftigungsperspektiven von Frauen im EG-Binnenmarkt, Arbeitspapier 1991 - 2, Arbeitskreis sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), S. 49-72
- Kaluza, Hildegard (1993):** Die Zukunft der beruflichen Integration von Frauen durch Weiterbildung in Bremer ESF-Programmen - Perspektiven ab 1994, Vortrag auf dem Frauen Europa Kongreß: Frauen erobern Europa!? Frauenarbeit und Frauenbildung im europäischen Wandel, 10.11.-2.12.1993 in Bremen
- Kaluza, Hildegard und Schunter-Kleemann, Susanne (1990a):** Frauen in den Ländern Westeuropas - Übersicht, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): EG-Binnenmarkt - EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?, Bremen: WE FF

Verlag, Schriftenreihe der Wissenschaftlichen Einheit Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen (WE EF), Band 2, S. 27-53

Kang, Chong-Sook (1993): Von Selbstbestimmung keine Rede, Frauen im AusländerInnen- und Asylrecht, in: Ika Hügel, Chris Lange, May Ayim, Ilona Bubeck, Gülsen Aktas und Dagmar Schultz (Hrsg.): Entfernte Verbindungen - Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung, Berlin: Orlanda Frauenverlag, S. 238-254

Kattein, Martina (1994): Frauenerwerbstätigkeit in der EG - Perspektiven für die 90er Jahre, Frankfurt/M, New York: Campus

Kosch-Klima, Michaela und Wieler, Garnit (1991): Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse in Europa, unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Bremen, Wissenschaftliche Einheit Frauenstudien und Frauenforschung (WE FF)

Kraemer, Delia (1993): Unheimliche Grenzen der EG, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Schwerpunktheft: Europa - einig Vaterland?, 16. Jg., H. 34, S. 59-68

Krannich, Margret (1991): Migration, in: Florence Hervé (Hrsg.): Frauenzimmer im Haus Europa, Köln: PapyRossa Verlag, S. 126-127

Krannich, Margret (1991): Tendenzen der Frauenerwerbstätigkeit in der Europäischen Gemeinschaft: Ein Vergleich, in: Florence Hervé (Hrsg.): Frauenzimmer im Haus Europa, Köln: PapyRossa Verlag, S. 24-38

Krieger, Verena (1991): Die Selbstbestimmung müssen wir uns selbst erkämpfen: Abtreibungsgesetze in Europa, in: Florence Hervé (Hrsg.): Frauenzimmer im Haus Europa, Köln: PapyRossa Verlag, S. 100-107

Kurz-Scherf, Ingrid (1992): Geschlechterkampf am Arbeitsmarkt?, Frauenperspektiven in Deutschland, in: WSI-Mitteilungen, H. 4, S. 203-216

Kutsch, Stefan (1991): Die Rechtsprechung des EuGH zur Gleichbehandlung von Mann und Frau, in: Betriebs-Berater, 46. Jg., H. 30, S. 2149-2152

Langan, Mary und Ostner, Ilona (1991): Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat: Aspekte im internationalen Vergleich, in: Kritische Justiz, 24. Jg., H. 3, S. 302-317

Langenfeld, Christine (1990): Die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Europäischen Gemeinschaftsrecht, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Lenz, Marlene (1990): Perspektiven europäischer Frauenpolitik, in: Informationen für die Frau, 39. Jg., H. 6, S. 6-8

Lühder, Katrin (1991): Frauenerwerbstätigkeit in den Mitgliedsstaaten der EG - ein Vergleich, in: Frauenforschung, 9. Jg., H. 3, S. 67-88

Lüpke, Karin von (1992): Die Entwicklung des Arbeitsmarktes unter besonderer Berücksichtigung der Frauen in den neuen Ländern, in: Informationen für die Frau, H. 10, S. 6-10

- Maeder, Paula (1990):** Organisation und Finanzierung der Frauenhäuser in den Mitgliedsstaaten des Europarates, in: Hans-Dieter Schwind u.a. (Hrsg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt: Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommision), Band III: Sondergutachten, Berlin: Duncker & Humblot, S. 133-154
- Maier, Friederike (19912):** The Regulation of Part-Time Work, A Comparative Study of Six EC Countries, Discussion Paper FS I - 9, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Matthies, Margitta (1990):** Aspekte der Beschäftigungssituation von Frauen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): EG-Binnenmarkt - EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?, Bremen: WE FF Verlag, Schriftenreihe der Wissenschaftlichen Einheit Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen (WE EF), Band 2, S. 212-228
- Meves, Hanka (1992):** Die erste Lobby der Frauen im EG-Europa, in: Feministische Studien, 10. Jg., H. 2, S. 137-138
- Mey, Dorothea (1991):** Europa: eine neue Perspektive für die Frauen?, in: H. Bickeböller (Hrsg.): Schriftenreihe der Stadt Paderborn
- Minevino, Alessandra und Nicolaou, Demetra (1991):** The Changing Role of Women in the European Community, in: Franz-Xaver Kaufmann und Paul Wolters (Hrsg.): Papers of the First European School of historical and comparative sociological research on Social Policy, Bielefeld: Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik
- Möcker, Christiane und Schubert, Brigitte (1991):** Eine KSZE der Frauen, in: Florence Hervé (Hrsg.): Frauenzimmer im Haus Europa, Köln: PapyRossa Verlag, S. 215-219
- Möcker, Christiane und Schubert, Brigitte (1991):** Frauen im europäischen Militär, in: Florence Hervé (Hrsg.): Frauenzimmer im Haus Europa, Köln: PapyRossa Verlag, S. 154-166
- Möller, Carola (1993):** "Lean producton" - japanischer Joker für europäische Arbeitgeber, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Schwerpunktheft: Europa - einig Vaterland?, 16. Jg., H. 34, S. 85-92
- Nerge, Sonja (1992):** Neuere europäische Forschungen über Frauen im Management, in: Frauenforschung 1992, H. 1/2, S. 119ff.
- Nerge, Sonja (1992):** Überlebenskarrieren im Management, EG-Initiativen zwischen Ideologie und Realität, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, Berlin: edition sigma, S. 85-106
- Nerge, Sonja (i.E.):** Weibliches Management im westeuropäischen Vergleich, Dissertation, Universität Bremen, Studiengang Sozialwissenschaften

- Notz, Gisela** (1994 (vor.)): Putzfrauen im europäischen Haus? Zur Lebens- und Arbeitssituation der Frauen in EG-Ländern, Offene Frauenhochschule Wuppertal
- Notz, Gisela und Brandherm-Böhmker, Ruth** (1993): Evaluation der Förderung der qualifikations- und beschäftigungsorientierten Maßnahmen im Rahmen des NRW-EG-Programms Ziel 2, Abschlußbericht, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- Oelschläger, Angelika und Schunter-Kleemann, Susanne** (1992): Frauen als Erwerbsarbeiterinnen - Frauen als Familienarbeiterinnen - Frauen, Eltern, Familien als Bezieher sozialer Leistungen, 20 Länderübersichten, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, Berlin: edition sigma, S. 329-396
- Ostner, Ilona** (1992): Sozialunion - Modellfall für Europa?, in: I. Kurz-Scherf, E. Mezger und G. Winkler (Hrsg.): Sozialunion in Deutschland, Bilanz und Ausblick, Düsseldorf: Graue Reihe - Neue Folge 38, Hans-Böckler-Stiftung, S. 7-14
- Ostner, Ilona** (1994 (vor.)): Gender and the Evolution of European Social Policies, in: Paul Riersche und Stephan Leibfried (Hrsg.): Fragmented Social Policies
- Ostner, Ilona** (1996 (vor.)): Gender and European Welfare Regimes, Internationales Kooperationsprojekt, teilfinanziert im Rahmen des EG-Programms "Human Capital and Mobility"
- Ostner, Ilona** (i.E.): Geschlechterverhältnisse im Prozeß der europäischen Integration, in: B. Schäfers (Hrsg.): Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa, 26. Deutscher Soziologentag vom 29.9.-2.10.1992 in Düsseldorf, Tagungsband 1, Frankfurt/New York: Campus
- Ostner, Ilona (Leitung)** (i.E.): Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich, Forschungsprojekt an der Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik, Abteilung Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat
- Penrose, Virginia** (1991): Die drei Entwicklungsphasen der DDR-Frauenpolitik, in: Informationen für die Frau, H. 11-12, S. 8-11
- PROKLA-Redaktion** (1993): Frauen in der Ökonomie, in: PROKLA, 23. Jg., H. 93, S. 522-528
- Quack, Sigrid; Maier, Friedericke und Schuldt, Karsten** (Bearbeitung) (1992): Berufliche Segregation in der BRD und in der ehemaligen DDR, Berlin: Bericht für die Kommission der EG
- Raasch, Sibylle** (1990): Perspektiven für die Gleichberechtigung der Frau im EG-Binnenmarkt '92, in: Kritische Justiz, H. 1, S. 62ff.
- Randzio-Plath, Christa** (1990a): Frauen - die Verliererinnen des Binnenmarktes?, in: Zweiwochendienst Frauen und Politik, H. 40, S. 2

- Randzio-Plath, Christa (1990b):** EG-Binnenmarkt - eine Herausforderung für Frauen, in: *Frauenforschung*, 8. Jg., H. 3, S. 76-91
- Randzio-Plath, Christa (1991):** Das Dritte EG-Programm zur Chancengleichheit fällt zu mager aus, in: *Zweiwochendienst Frauen und Politik*, H. 57, S. 8
- Randzio-Plath, Christa (1991):** Eine Binnenmarktoffensive für Frauen ist erforderlich, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Frauenzimmer im Haus Europa*, Köln: PapyRossa Verlag, S. 174-178
- Randzio-Plath, Christa (1991):** Europäischer Sozialfonds: Was ist für Frauen drin?, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Frauenzimmer im Haus Europa*, Köln: PapyRossa Verlag, S. 185-188
- Randzio-Plath, Christa (1992):** Die Arbeit des Frauenausschusses des Europäischen Parlaments, in: *Informationen für die Frau*, 41. Jg., H. 6, S. 3-5
- Randzio-Plath, Christa (1993):** Die Reform der Strukturfonds und die Frauen, in: *Informationen für die Frau*, 42. Jg., H. 9, S. 10-12
- Räthzel, Nora (1993):** Anmerkungen zur Debatte um die Migrationspolitik, in: Arbeitsgruppe 501 (Hrsg.): *Heute hier - morgen fort: Migration, Rassismus und die (Un)Ordnung des Weltmarktes*, Freiburg (Breisgau): Informationszentrum Dritte Welt, S. 19-24
- Reinhard, Hans-Joachim (1992):** Die Stellung der Frau in den Alterssicherungssystemen des Auslandes, in: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. (Hrsg.): *Die Stellung der Frau in den Alterssicherungssystemen des Auslandes*, Köln: UuStB, S. 28-51
- Riedl, Gabi (1991):** Bildungspolitik in Europa und Öffnung des Binnenmarktes, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Frauenzimmer im Haus Europa*, Köln: PapyRossa Verlag, S. 39-47
- Röttger, Bernd (1993):** EG-metropolitane Integration und die Krise linker Wirtschaftspolitik, in: *PROKLA*, 23. Jg., H. 92, S. 473-490
- Rudolph, Hedwig; Appelbaum, Eileen und Maier, Friederike (1991):** Beyond Socialism: The Ambivalence of Women's Perspective in the Unified Germany, Discussion Paper FS I 90 12, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Rudolph, Hedwig; Maier, Friederike; Hübner, Sabine und Fischer, Andrea (1991):** Frauenerwerbstätigkeit im Strukturwandel Mittel- und Osteuropas, Discussion Paper FS I 91-13, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Sassen, Saskia (1991):** Die Mobilität von Arbeit und Kapital: USA und Japan, in: *PROKLA*, 21. Jg., H. 83, S. 222-248
- Sassen, Saskia (1993):** Why Migration?, Thesen gegen herkömmliche Erklärungsmuster, in: Arbeitsgruppe 501 (Hrsg.): *Heute hier - morgen fort: Migration, Rassismus und die (Un)Ordnung des Weltmarktes*, Freiburg (Breisgau): Informationszentrum Dritte Welt, S. 70-78

Schmied, Günther und Ziegler, Christine (Mitarbeit) (1991): Die Frauen und der Staat. Beschäftigungspolitische Gleichstellung im öffentlichen Sektor aus internationaler Perspektive, Discussion Paper FS I 91 - 12, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Schunter-Kleemann, Susanne (1990): Die Gleichstellungsphilosophie der EG und ihre beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen: Sozialdumping nach unten, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): EG-Binnenmarkt - EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?, Bremen: WE FF Verlag, Schriftenreihe der Wissenschaftlichen Einheit Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen (WE EF), Band 2, S. 229-254

Schunter-Kleemann, Susanne (1990): Die Familienpolitik der Europäischen Gemeinschaft - welche Variante patriarchalischer Politik setzt sich durch?, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): EG-Binnenmarkt - EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?, Bremen: WE FF Verlag, Schriftenreihe der Wissenschaftlichen Einheit Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen (WE EF), Band 2, S. 122-157

Schunter-Kleemann, Susanne (1990): Gibt es Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Alterssicherung von Frauen?, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): EG-Binnenmarkt - EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?, Bremen: WE FF Verlag, Schriftenreihe der Wissenschaftlichen Einheit Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen (WE EF), Band 2, S. 175-194

Schunter-Kleemann, Susanne (1990): Herrenhaus Europa, Der EG-Binnenmarkt und die Frauen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 35. Jg., H. 4, S. 445-454

Schunter-Kleemann, Susanne (1990): Rückblick - Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Gemeinschaft 1957-1990, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): EG-Binnenmarkt - EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?, Bremen: WE FF Verlag, Schriftenreihe der Wissenschaftlichen Einheit Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen (WE EF), Band 2, S. 5-26

Schunter-Kleemann, Susanne (1991): Die Familienpolitik der EG, in: Informationen für die Frau, 40. Jg., H. 7-8, S. 3-5

Schunter-Kleemann, Susanne (1991): Familienpolitik in der Europäischen Gemeinschaft, in: Florence Hervé (Hrsg.): Frauzimmer im Haus Europa, Köln: PapyRossa Verlag, S. 76-84

Schunter-Kleemann, Susanne (1991a): Die Gleichstellungspolitik der EG. Formaler Anspruch und politische Praxen, in: Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.): Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, Marburg: FEG-Arbeitspapier Nr.4, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, S. 79-92

Schunter-Kleemann, Susanne (1991a): EG-Binnenmarkt - Markt der Möglichkeiten oder Markt der Betrogenen?, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 14. Jg., H. 29, S. 79ff.

Schunter-Kleemann, Susanne (1991b): Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Stellung der Frauen in Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, Bern: in: Frauenfragen/Questions au féminin/Problemi al femminile, S. 19-26

Schunter-Kleemann, Susanne (1991b): Die Familienpolitik in der Europäischen Gemeinschaft, in: WSI-Mitteilungen, H. 2, S. 103-114

Schunter-Kleemann, Susanne (1991c): Frauen und soziale Sicherheit - Umsetzung der EG-Richtlinien, in: Autorinnengemeinschaft (Hrsg.): Beschäftigungsperspektiven von Frauen im EG-Binnenmarkt, Arbeitspapier 1991 - 2, Arbeitskreis sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), S. 73-106

Schunter-Kleemann, Susanne (1991d): Das Dritte Aktionsprogramm der EG-Kommission (91-95), in: Informationen für die Frau, 40. Jg., H. 2, S. 3-7

Schunter-Kleemann, Susanne (1992): Das Demokratiedefizit der EG und die Verrechtlichung der Frauenfrage, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, Berlin: edition sigma, S. 29-58

Schunter-Kleemann, Susanne (1992): EG-Binnenmarkt - Euro-Patriarchat oder Aufbruch der Frauen?, Elf Thesen zur Sonderstellung von Frauen in den sozialen Marktwirtschaften, in: Informationen für die Frau, 41. Jg., H. 10, S. 17-22

Schunter-Kleemann, Susanne (1992): Wohin treibt Europa?, Vorwort, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, Berlin: edition sigma, S. 7-10

Schunter-Kleemann, Susanne (1992): Wohlfahrtsstaat und Patriarchat - Ein Vergleich europäischer Länder, in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, Berlin: edition sigma, S. 141-328

Schunter-Kleemann, Susanne (1993): Der Maastrichter Vertrag, das Demokratiedefizit der EG und europäische Frauenbewegungen, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Schwerpunktheft: Europa - einig Vaterland?, 16. Jg., H. 34, S. 33-50

Schunter-Kleemann, Susanne (1993): Geschlechterdifferenz in der politischen Debatte zur Europäischen Union?, in: PROKLA, 23. Jg., H. 92, S. 451-472

Schunter-Kleemann, Susanne (Hrsg.) (1992): Herrenhaus Europa, Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, Berlin: edition sigma

Schwarz, Gislinde und Zenner, Christine (Hrsg.) (1990): Wir wollen mehr als nur ein 'Vaterland', DDR Frauen im Aufbruch, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

Steinmeister, Ingrid (1993): Ein frauenpolitischer Backlash, Die Neufassung des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes, in: *Zweiwochendienst Frauen und Politik*, H. 74, S. 7ff.

Thürmer-Rohr, Christina (1993): Weiße Frauen und Rassismus, in: *die tageszeitung*, 8.1.1993, S. 12-13

Thürmer-Rohr, Christina (1993): Wir sind nicht Reisende ohne Gepäck - Fragen der letzten zwei Jahre an die weiße westliche Frauenbewegung, in: Ika Hügel, Chris Lange, May Ayim, Ilona Bubeck, Gülsen Aktas und Dagmar Schultz (Hrsg.): *Entfernte Verbindungen - Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung*, Berlin: Orlanda Frauenverlag, S. 188-204

Tömmel, Ingeborg (1992): System-Entwicklung und Politikgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft am Beispiel der Regionalpolitik, in: Michael Kreile (Hrsg.): *Die Integration Europas*, Opladen: PVS-Sonderheft 23, S. 185-208

Weber, Ingrid (1992): Der Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes auf dem Prüfstand des Europäischen Gemeinschaftsrechts und der Gleichberechtigung nach Art. 3 GG, in: *Betriebs-Berater*, H. 19, S. 1345-1349

Winkler, Ute; Bradisch, Paula und Krannich, Margret (1991): FINRRAGE, Feministisches Internationales Netzwerk gegen Reproduktions- und Gentechnologien, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Frauenzimmer im Haus Europa*, Köln: PapyRossa Verlag, S. 209-214

Wolf-Almanasreh, Rosi (1991): Frauen auf der Flucht, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Frauenzimmer im Haus Europa*, Köln: PapyRossa Verlag, S. 127-134

FEG Studien

Nr. 1: Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung,
(September 1992) UKB 20 DM (vergriffen)

Nr. 2: Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe,
(September 1993) UKB 25 DM

Nr. 3: Eva Lavon, Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften?,
(Juni 1994) UKB 20 DM

Nr. 4: Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus,
(August 1994) UKB 25 DM